

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlegel, Hoflieferant,  
G. Gerberstr. u. Breitenstr. Ecke,  
Otto Niekisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in der Expedition der Provinz-Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Danne & Co.,  
Juvalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluss Nr. 100.

Nr. 414

Montag, 17. Juni.

1895

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 15. Juni, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des Stempelsteuergesetzes wird fortgesetzt bei Nr. 49 des Textes (Stempel von 1/10 Prozent für mündliche und schriftliche Mieths-, Pacht-, Miet- und Pachtverträge sowie Verpfändung der alljährlichen Einzahlung eines Miethsverzeichnis). Hierzu liegen vor die Anträge Schenk (Freil. Volkst.), Kirch (Chr.) und Saake und Gen. (nl.) betr. Streichung der Besteuerung mündlicher Mieths-Verträge.

Abg. Janien (Chr.) führt aus, die Besteuerung der mündlichen Miethsverträge sei nicht nur eine Abweichung von dem Urkunden-Prinzip, sondern verstoße direkt gegen das Fundament der Vorlage. Diese Besteuerung, sowie die Einführung des Miethsverzeichnis sei wirtschaftlich und sozial verwerflich.

Ein von konservativer Seite gestellter Schlussantrag wird angenommen, da auch ein beträchtlicher Theil der Nationalliberalen dafür stimmt.

Der Antrag Schenk wird gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und eines Theils des Centrums, der Antrag Kirch gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, des Centrums und einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Saake ist auf Antrag Richter eine namentliche und ergiebt die Ablehnung des Antrages mit 136 gegen 135 Stimmen. Dafür stimmten die gesammten Nationalliberalen, das Centrum mit Ausnahme der Abg. v. Gilsch (nl.), Gerold, Willebrand, die Polen, die freisinnigen Parteien geschlossen, dagegen geschlossen die Konservativen und Freikonservativen.

Nr. 49 bleibt in der Fassung der Kommission erhalten.  
Nr. 59 enthält den Stempel für Schuldverschreibungen aller Art.

Ein Antrag des Centrumsabg. Gerold will allgemein statt des Steuerlages von 1/10 Proz. 1/20 Proz. setzen.

Abg. Richter (Freil. Vpt.) beantragt, zu Tarifstelle 59 I unter „Verpfändungen“ als besondere Rubrik einzufügen: Verpfändungen von kassierten Darlehen, welche gegen spezielle Verpfändung oder Hinterlegung von edlen Metallen, Waaren, Wechseln oder Werthpapieren gegeben werden (Kontokorrentdarlehen) und innerhalb dreier Monate oder in einem kürzeren Zeitraum zurückzahlen sind.

Ein entsprechender Antrag Schenk (Freil. Vpt.) will in 59 I unter „Verpfändungen“ allgemein zusetzen: Verpfändungen von Kontokorrentdarlehen.

Nach dem Kommissionsbeschluss sind stempelfrei Sparkassenbücher und Zeichnungen über einzelne Einlagen seitens öffentlicher oder solcher Sparkassen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen, insbesondere die Gewinnverbesserung ausgedrückt haben.

Die Abg. Schenk (Freil. Vpt.), Janien (Chr.), Mölle (nl.) und Richter (Freil. Vpt.) beantragen folgende Fassung: „Sparkassenbücher und Zeichnungen über einzelne Einlagen seitens öffentlicher und solcher Sparkassen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen. Insbesondere sind stempelfrei die Sparkassenbücher und Zeichnungen über einzelne Einlagen aller der Sparkassen, welche von eingetragenen Genossenschaften betrieben werden.“

Abg. Lotichius (nl.) bekämpft den Kommissionsbeschluss. Wenn derselbe Gesetz werde, müssten alle Spar- und Vorsparstellen nach Schulz-Deitsch stempelpflichtig werden, diesen gebühre aber ebenso Stempelfreiheit wie den Kassensparstellen.

Abg. Gerold (Chr.) befürwortet den Centrumsantrag, nach dem allgemein der Prozentsatz ermäßigt werden soll.

Abg. Schenk (Freil. Vpt.): Keine Bestimmung des Gesetzes hat mehr Beunruhigung hervorgerufen, als die über die Sparkassen. Diese sollen nämlich für Einlagen Stempel bezahlen, wodurch die Genossenschaftsbildung sehr erschwert wird. Um die Schädigung der Genossenschaftsbildung zu beseitigen, empfehle ich Ihnen Annahme meines Antrages. Eine Petition aus Hesse-Rassau bittet um Stempelfreiheit und verweist zur Begründung auf die hohe Zahl der dortigen Sparkassen; es gebe dort allein bei den Genossenschaften 17 204 Sparkassenbücher. Man sieht also, welche schwere Belastung die Vorlage für Alle, die vom Genossenschaftswesen Vorkurs haben, mit sich bringt. Die Genossenschaftsbildung muß möglichst begünstigt werden, da sie den Spartrieb fördert. (Beifall links.)

Minister Dr. Miquel erklärt sich einverstanden mit einem zwischen eingegangenen Antrag Schwedenbied-Freil. v. Zedlig, nach dem Sparkassen-Einlagen stempelfrei sein sollen bei den Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften, die die Förderung des gewerkschaftlichen Personals bezwecken. Dieser Antrag erreiche dasselbe, wie der Antrag Schenk, er sei aber übersichtlicher und klarer. Man müsse sich hüten, solche Sparkassen zu begründen, die lediglich Gusschäfte machen wollen. Der Antrag Richter sei ihm in der Tendenz sympathisch, vor Allem definire er genau den Begriff „Kontokorrentdarlehen“, er sei aber bedenklich, da, wenn er in dieser Form angenommen werde, der ganze Schuldverschreibungs-Stempel umgangen werden könne. Diese Gefahr könne beseitigt werden, wenn man die Höhe des Darlehens und der hinterlegten Sicherheit in Beziehung setze. Der Antrag wäre also annehmbar, wenn er einen Zusatz erhalte, „vorausgesetzt, daß der Werth des hinterlegten Pfandes dem gewährten Darlehn mindestens gleichkommt.“ Den Antrag Gerold bitte er abzulehnen, da er einen Ausfall von 700 000-800 000 M. zur Folge habe.

Abg. Mölle (nl.) erklärt sich mit dem Antrage Richter einverstanden.

Abg. Kirch (Chr.): Durch die Annahme der Kommissionsfassung würden dem Staate keine Mehreinnahmen, sondern Mindereinnahmen entstehen. Durch die Einführung des Miethsverzeichnis ist bewirkt worden, daß die Pächter keine Steuern mehr zu zahlen haben, sondern nur der Verpächter. Der größte Verpächter in Preußen ist aber der Fiskus, die Kirche und die Stifte. Ich bitte um Annahme des Antrages Gerold.

Abg. Freil. v. Zedlig (Freil.): Wir werden gegen den Antrag Gerold stimmen. Gegen den Antrag Richter in der verbesserten Form haben wir nichts einzuwenden. Ebenso bitte ich Sie, meinen in Verbindung mit dem Abg. Schwedenbied gestellten Antrag anzunehmen.

Abg. Gothein (Freil. Verga.) hat inzwischen den Antrag Richter im Einverständnis mit dem Antragsteller nach dem Vorschlage des Finanzministers modifiziert.

Abg. Richter (Freil. Volkst.): Das Entgegenkommen des Finanzministers freut mich. Wenn man die Kontokorrentdarlehen freilassen will, so soll man das auch direkt sagen. Die Definition in meinem Antrag, die der Finanzminister als richtig anerkannt hat, rührt nicht von mir her, sondern sie ist dem Gesetzentwurf der Reichsregierung aus dem Jahr 1881 entnommen, die eine Steuer auf Kontokorrentdarlehen einführen wollte. Wenn aber diese Definition gut genug war, um neue Steuern vorzuschlagen, dann muß sie auch gut genug sein, um die Steuer aufzuheben. (Beifall.)

Abg. Schwedenbied (nl.) begründet seinen Antrag.

Abg. Dr. Masing (kons.) erklärt sich für den Antrag Richter-Gothein, aber gegen den Antrag Gerold, aus finanziellen Gründen. Die Debatte wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung zieht Abg. Schenk (Freil. Vpt.) seine Anträge zurück.

Der Antrag Gerold wird gegen die Stimmen des Centrums und der freisinnigen Parteien abgelehnt, der Antrag Richter-Gothein einstimmig angenommen, desgleichen der Antrag Schwedenbied-Zedlig und mit diesen Abänderungen die ganze Position.

Nr. 61 enthält die Taxe für Standeserhöhungen und landesherrliche Gnadenbewilligungen. Es müssen gezahlt werden für die Verleihung der Herzogswürde 5000, Fürstentum 3000, Grafenwürde 1800, Freiherrnwürde 1200, des Adels 600 M. Für Wappenvermehrungen und Wappenänderungen ein Viertel der vorigen Sätze, für Erhebung eines Inbegriffes von Gütern zu einer Standesherrschaft, einem Herzogthum oder Fürstenthum 6000 M., für Verleihung des Patents für einen Kammerjunker 400, Kammerherren 1200, sofern letzterer vorher Kammerjunker war 800 M. und für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen 300 M.

Abg. Richter (Freil. Vpt.) stellt den Antrag, in der Ueberschrift statt „Standeserhöhungen“ zu setzen: „Adels- und Titelverleihungen“, und statt Herzogswürde, Grafen-, Freiherrn- u. d. d. zu setzen „Titel“. In der Begründung seines Antrages führt Richter aus: Ich hätte gewünscht, daß man bei dieser Tarifstelle darauf Bedacht genommen hätte, einen größeren Mehretrag zu erzielen. Denn es scheint mir richtiger, Mehreträge aus der Besteuerung der Titel als aus der Besteuerung von Mieths-, Gesellschaftsverträgen u. s. w. von theilweise wenig wohlhabenden Leuten zu erzielen. Ich bedauere die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage, die gegenüber den gegenwärtigen Einnahmen nur einen Mehretrag von 20 000 M. ergibt, darunter 19 000 M. von Kommissions- und Kommerzienräthen, und nur 500 M. vom gesammten Adel. Indes komme ich darauf nicht weiter zurück, weil ich mir bei der Zusammenfassung des Hauses keinen Erfolg verspreche, jedoch bitte ich Sie dringend, in redaktioneller Beziehung die Position anders zu fassen. Der Ausdruck „Standeserhöhung“ wäre gerechtfertigt gewesen vor Erlass der Verfassungsurkunde. In der preussischen Verfassungsurkunde heiße es aber, alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich und Standesvorrechte finden nicht statt, womit mir diese Fassung im Widerspruch zu stehen scheint. Der einzige Ueberrest aus früherer Zeit bestand zuletzt noch darin, daß Ehen von Adligen mit Personen des niederen Bürgerstandes ungültig sein sollten. Auch dieser Rest eines alten Standesbegriffs ist weggefallen. Ebenso wenig ist es gerechtfertigt, von einer Herzogswürde, Grafen-, Freiherrnwürde zu sprechen. Das sind Titel, aber keine Würden. Nach dem deutschen Strafgesetzbuch kann nicht mehr wie früher mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auch auf Verlust des Adels erkannt werden. (Rufe rechts: Weiter!) Wenn etwa ein Herzog fieleht und bestraft wird, so bleibt er nach wie vor Herzog, ebenso wie es sich Müller und Schulze gefallen lassen müssen, wenn einer ihrer Namensvettern fieleht. (Beifall.) Unter diesen Umständen entspricht das Wort „Würde“ nicht der geltenden Gesetzgebung. Bezüglich der Adelsverleihungen halte ich es überhaupt nicht einem richtigen Geschnack entsprechend, daß man einen anderen Namen acceptirt. Wer seiner Eltern gern gedenkt, behält auch den Namen, mit dem er auf die Welt gekommen ist. Die bürgerlichen Kreise können sich mit Recht durch die jetzige Fassung dieser Tarifnummer beleidigt fühlen. (Beifalliger Widerspruch rechts.)

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, eines Theils des Centrums und einiger weniger Nationalliberalen abgelehnt und die Position unverändert angenommen. Nr. 72 handelt von dem Stempel für Versicherungs-Policen. a) Lebens- und Rentenversicherungen einschließend der Policen über Versicherungen auf den Lebensfall (Altersversicherung, Aussteuer, Militärdienst und dergl.) sollen einem Stempel von 1/10 Prozent der versicherten Summe in Abzügen von 10 Pf. für je 200 M. oder einen Bruchtheil dieses Betrages unterliegen. Bei Rentenversicherungen wird der Kaufpreis und in Ermangelung eines solchen der zehnfache Betrag der Rente als Versicherungssumme angesehen.

Werden bei Versicherungen gleicher Art von einer Gesellschaft mehrere Policen für dieselbe Person ausgestellt, so berechnet sich die Stempelabgabe nach dem Gesamtbetrage der versicherten Summe.

Befreit sind: Versicherungen, bei welchen die versicherte Summe den Betrag von 3000 M. nicht erreicht.

Unfall-, Haft- und Transport-Versicherungen sollen mit 1/10 Prozent des Gesamtbetrages der verabredeten Prämien in Abzügen von 10 Pf. für je 20 M. oder einen Bruchtheil dieses Betrages versteuert werden.

Befreit sind 1. Versicherungen, bei denen die verabredeten Jahresprämien den Betrag von 40 Mark nicht erreichen; 2. Transport-Versicherungen, welche nicht bei

einer Transport-Versicherungs-Gesellschaft geschlossen werden.

Die Abgeordneten Brömel und Gothein (Freil. Ver-einigung) beantragen, die Transport-Versicherung gänzlich freizulassen.

Versicherungen gegen andere Gefahren (Feuer-, Hagel-, Viehverversicherungen u. s. w.) unterliegen für jedes Jahr der Versicherungsdauer einem Stempel von 1/1000, d. i. 1 Pf. von Eintausend Mark der versicherten Summe in Abzügen von 10 Pf. für je 10 000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Jeder Bruchtheil eines Versicherungsjahres kommt als volles Jahr in Anrechnung.

Die öffentlichen Versicherungsanstalten reglementsmäßig zustehenden Stempelsteuerprivilegien finden Anwendung auf alle Schriftstücke, welche sich auf den Eintritt der Versicherungsnehmer in diese Anstalten oder spätere Abänderungen der Versicherungen beziehen.

Befreit sind Versicherungen, bei welchen die versicherte Summe den Betrag von 3000 M. nicht erreicht.

Versicherungsverträge, auf Grund welcher eine Police nicht ausgestellt wird, sind in Betreff der Stempelpflichtigkeit wie Policen zu behandeln.

Befreit sind Policen über Rückversicherungen.

Abg. Engelbrecht (Freil.) beantragt, von der Stempelsteuer zu befreien auch Versicherungen bei den auf Gegenseitigkeit gegründeten und nicht die Erzielung von Gewinn bezweckenden Versicherungsanstalten, deren Versicherungsbeträge durch Umlage erhoben werden, und deren Geschäftsbetrieb über den Umfang einer Provinz nicht hinausgeht.

Abg. Gothein (Freil. Ver.) begründet seinen Antrag. Aus denselben Gründen, wie das Haus den Konossementstempel abgelehnt hat, muß es auch die Transportversicherung freilassen. Der Antrag bezweckt insbesondere die preussische Schifffahrt ebenso günstig zu stellen, wie die außerpreussische.

Zwischen ist ein Antrag Richter (Freil. Vpt.) eingegangen, 1. hinsichtlich der Besteuerung aller Versicherungsformen es bei den bisherigen Sätzen zu belassen, 2. für den Fall der Annahme der sonstigen Kommissionsbeschlüsse Lebensversicherungen bis zum Betrage von 6000 M., Feuerversicherungen bis zum Betrage von 10 000 M. Versicherungssumme steuerfrei zu lassen. Außerdem soll der Passiv in c gestrichen werden, welcher die Privilegien der öffentlichen Societäten betrifft.

Abg. Bartels (kons.) wendet sich gegen den Antrag Brömel-Gothein, sowie gegen den Antrag Richter. Es liege gar keine Veranlassung vor, die Ermäßigungen der Kommission noch weiter fortzusetzen.

Abg. Brömel (Freil. Vpt.): Die kurzfristigen Transportversicherungen sind mit einem viel zu hohen Stempel belastet. So sind beispielsweise die kurzfristigen Feuerversicherungen fünf Mal so niedrig besteuert. Für diesen Unterschied liegt durchaus keine Berechtigung vor. Aus den Vorschlägen der Kommission ist auch nicht ersichtlich, wie es mit den Generalpolicen gehandhabt werden soll, bei denen ja die Höhe der Summe erst später festgestellt wird. Ich bitte um Annahme unseres Antrages.

Abg. Mölle (nl.) befürwortet den Antrag Brömel und betont, daß dabel von einem finanziellen Ausfall nicht die Rede sein kann. Für den Antrag Richter treffe dies nicht zu, hier wird der finanzielle Ausfall so bedeutend, daß der Antrag dadurch unannehmbar wird. Der Einwurf, den man sonst gegen indirekte Steuern jeder Art erhebt, daß die Erhebungskosten zu groß sind, kann hier nicht als zureichend gelten. Das in der Vorlage angenommene System der Besteuerung findet meine volle Billigung. Allerdings ist der Betrag der steuerfreien Lebensversicherungspolicen etwas niedrig gegriffen.

Abg. Janien (Chr.) beantragt im Eingang statt „Versicherungs-policen“ Versicherungsverträge, auch in Form von Policen, und dementsprechend redaktionell auch die übrigen Theile der Nr. 72 abzuändern.

Abg. Richter (Freil. Vpt.): Eine richtige Sozialpolitik sollte alles vermeiden, was die Bildung von Gesellschaften oder das Versicherungswesen unnötig belastet, und deshalb halte ich es grundsätzlich für falsch, die Steuer zu erhöhen. Wir haben aber thatsächlich schon bei der Regierungsvorlage eine Vereinfachung des bisherigen Betrages und die Kommissionsbeschlüsse gehen noch darüber hinaus. Im Gegensatz zu der Regierungsvorlage hat die Kommission auch ein ganz neues System der Besteuerung für die Versicherungsgesellschaften improvisirt, und es ist bei der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, daß die Gesellschaften ihr Gutachten hierüber abgeben konnten. Auch legt der Bericht die finanziellen Konsequenzen nicht deutlich dar. Einzelne Versicherungszweige wie die Hagelversicherungen haben allerdings alle Ursache, aufzuleben zu sein. Der angeführte Grund, daß das Versicherungswesen höher belastet werden müßte mit Rücksicht auf die größere Beaufsichtigung, ist nicht stichhaltig. Ich weiß nicht, wie man z. B. das Feuerversicherungswesen noch mehr beaufsichtigen will, als es jetzt schon geschieht. Es führt das ohnehin schon zu einer unnötigen Belastung durch die Lokalbehörden. Will man aber eine schärfere Beaufsichtigung einführen, so ist es Zeit, später darüber zu reden. Man wird dann am einfachsten die Kosten dafür den Versicherungsgesellschaften selbst auferlegen, aber nicht in Tausenden von Policen das Geld einzeln einsammeln. Mein Centralantrag, die Grenze der Befreiung bei Lebensversicherungen von 3000 bis 6300 M. zu erhöhen, ist sehr natürlich, denn wenn man auf der einen Seite in dem neuen Einkommensteuergesetz bestimmt hat, daß jedermann von seinem steuerpflichtigen Einkommen Lebensversicherungsprämien bis 600 M. abziehen darf, so kann man doch hier die Befreiung der Versicherungssumme nicht schon bei 3000 M. aufheben lassen. Den Hauptnutzen bei dem neuen System der Besteuerung der Versicherungssummen anstatt der Policen haben die Hagel- und Viehverversicherungen, weil da der Prämienbetrag im Verhältnis zur Versicherungssumme viel höher ist als bei Feuerversicherungen. Ich habe gegen eine Reduzirung der Steuer auch nichts einzuwenden, man sollte überhaupt die Hagel- und Viehverversicherungen ganz frei-



lassen. Andererseits hat die Feuerversicherung eine starke Stempel-  
erhöhung erfahren. Den Grund für eine Begünstigung des  
plattens Landes, weil das wegen der größeren Feuergefährlichkeit  
die Prämie im Verhältnis zur Versicherungssumme höher ist,  
kann ich nicht ohne Weiteres anerkennen. Denn auf der anderen  
Seite kommt für die größere Feuergefahr das enge Zusammen-  
leben in großen Städten in Betracht. Der Unterschied wird  
vielmehr gemacht durch das gewerbliche Risiko. Ich habe vor-  
geschlagen, hier die Befreiungsgrenze von 3000 auf 10 000 M.  
heraufzusetzen, weil es an sich schon außerordentlich schwer ist, die  
kleinen Vermögen zur Versicherung zu bringen. Während man  
überall darauf ausgeht, diejenigen, die bisher steuerfrei waren, mit  
einer Steuer zu belasten, hat man ein Privilegium für  
die öffentlichen Feuerzösetäten bestehen lassen.  
Die Versicherungssumme der Feuerzösetäten betrug im Jahre  
1893 29 650 Millionen, die Steuerfreiheit der öffentlichen  
Zösetäten veranlaßt also einen Ausfall an Staatseinnahmen von  
296 500 M. Diese 296 500 M. bin ich gern bereit, der Regierung  
in den Schöpf zu werfen. Wir haben alle Veranlassung, gerade  
bei diesem Gesetz zu prüfen, ob alles, was historisch innerhalb  
70 Jahre durch Kabinetsordre an Steuerfreiheit gegeben ist, heute  
noch als richtig zutrifft. Deshalb lege ich auf die  
Streichung dieses Ablasses den höchsten Werth.

Finanzminister Dr. Miquel: Die bisherige Art der Be-  
steuerung war keine angemessene. Die Besteuerung der Prämien  
ist ein verfehlter Gedanke, weil die Risiken ganz verschiedenartig  
sind. Nach der bisherigen Besteuerung kann es dahin kommen,  
daß eine Feuerversicherung über 100 000 M. vollkommen freibleibt.  
Dazu ist nicht der mindeste Grund, denn jede Versicherung hat  
einen erheblichen berechenbaren Werth. Während alle anderen be-  
dingten Geschäfte steuerpflichtig sind, soll hier eine Ausnahme ge-  
macht werden. Ich wäre für diese Sätze nicht eingetreten, wenn  
aus ihnen irgend welche wesentliche Erleichterungen der Ver-  
sicherungen zu befürchten wären, aber diese Sätze sind so niedrig,  
daß sie sehr wenig ins Gewicht fallen; besonders gerecht ist der  
Stempel auf Lebensversicherungen, denn die Lebensversicherung ist  
eine besondere Form der Kapitalanlage. Der eine legt das Geld  
in die Sparkasse und das wird gerade der kleinste Mann sein,  
während der besser Situierte sein Geld in der Lebensversicherung  
anlegt. Gerade von Vertretern der Versicherungs-Gesellschaften ist  
mir versichert worden, daß durch diese Vorlage kein Stillstand in  
dem Versicherungswesen eintreten wird. Ich empfehle Ihnen Ab-  
kehrung aller Anträge bis auf den redaktionellen Antrag Hansen.  
Die Entscheidung über Annahme des Antrags Gotheil stelle ich  
Ihnen anheim.

Abg. Engelbrecht (fr.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr.) empfiehlt ebenfalls die Annahme  
des Antrages Engelbrecht und bittet sowohl den Prinzipaltraktant,  
als auch die Eventualanträge Richter abzulehnen. Die Interessen-  
haben sich wohlweislich nicht gemeldet, weil sie die Berechti-  
gung der Besteuerung anerkannten. Ist genug sind sie ja von der  
„Freisinnigen Zeitung“ dazu aufgefordert worden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kirch (Ctr.) und  
Bartels (konf.) wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter v. Puttkamer-Oblau bemerkt in seinem Schluß-  
wort: In dem Antrag des Abg. Richter sind die Erleichterungs-  
vorschläge der Kommission nicht berücksichtigt. Wenn man den An-  
trag Richter annimmt, so würde man einen steuerlichen Vortheil  
müssen begehren. Der Abg. Richter ist schenbar, trotz der Knappheit  
des Reichthums, nicht dazu gekommen, ihn genauer durchzulesen.  
Persönlich bemerkt

Abg. Richter: Ich habe lediglich einen Antrag wiederholt,  
der in der Kommission selbst vergeblich gestellt ist, unter der Vor-  
aussetzung, daß die allgemeine Stempelsteuerfreiheit von Gegen-  
ständen unter 150 Mark beibehalten worden ist. Im übrigen,  
glaube ich, haben die Verhandlungen bewiesen, daß ich mir Zeit  
und Mühe genug gegeben habe, mich mit der Materie zu befassen.  
Die Sprache des Berichterstatters ist um so weniger gerechtfertigt,  
als die Kommissionsbeschlüsse schon sehr erhebliche Korrekturen,  
zum Theil auf meine Veranlassung, erfahren haben.

Die Anträge Richter werden gegen die Stimmen der  
freisinnigen Parteien abgelehnt, der Antrag Brömel-  
Gottstein (Befreiung der Transportversicherungen) wird gegen  
die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen ange-  
nommen. Auch der Antrag Engelbrecht und der re-  
daktionelle Antrag Hansen werden ange-  
nommen und mit diesen Abänderungen die ganze Position.

In Nr. 75 wird der Antrag Schenk (Freis. Vp.), den Stemp-  
elsteuer für Vollmachten, Ermächtigungen und Aufträge dahin ab-  
zuändern, daß, sofern der Wertgegenstand der Vollmacht 6000 M.  
nicht übersteigt, nur 2 Mark Gebühren erhoben werden (nach der  
Kommissionsfassung 3) bei 10 000 Mark nur 3 Mark (nach Kom-  
missionsfassung 5), bei 15 000 Mark 4 Mark (nach Kommissions-  
fassung 7,50 Mark) und bei einem höheren Betrage 5 Mark, wäh-  
rend die Kommissionsfassung in dem letzten Falle 10 Mark vor-  
schlägt, ohne Debatte abgelehnt. Dagegen gelangt ein Antrag  
Dswalt (nll.) zur Annahme, wodurch die Bestimmung, daß zu  
Vollmachten, in denen mehrere, nicht in einer Erb- oder sonstigen  
Rechtsgemeinschaft stehende Personen einen Bevollmächtigten be-  
stellen, oder eine Person mehrere, nicht zu gemeinschaftlicher Ver-  
tretung berufene Bevollmächtigte bestellt, den Vollmachtstempel so-  
oft zu verwenden, als auf Seiten der Vollmachtgeber oder der  
Bevollmächtigten Personen vorhanden sind, dahin abgeändert wird,  
daß diese Bestimmung nur zutrifft, wenn mehrere Personen, die  
nicht in Rechtsgemeinschaft stehen, einen Bevollmächtigten bestellen,  
und zwar nur für Vollmachtgeber.

Der Rest des Tarifs wird ohne wesentliche Debatte erledigt.  
Auf eine Anfrage des Abg. Richter (Fr. Vp.), ob dem Prä-  
sidenten die leicht vertraulich (Helterkeit) eine Mittheilung über noch  
zu erwartende Vorlagen und über den Schluß der Session zuge-  
gangen sei, erwidert

Präsident v. Köller: Ich bin in der glücklichen Lage, dem  
Abg. Richter zu erwidern, daß mir eine vertrauliche Mittheilung  
nicht gemacht ist, sonst würde ich ja nicht darüber reden können.  
(Große Helterkeit.) Es werden, wie mir mitgetheilt ist, wahr-  
scheinlich noch drei Gesetzesentwürfe, betref-  
fend die Verstaatlichung von Eisenbahnen  
kommen.

Hierauf verlißt das Haus die Beratung des Textes des  
Stempelsteuergesetzes auf Montag 11 Uhr; außerdem stehen kleine  
Vorlagen auf der Tagesordnung.

Schluß 3/4 Uhr.

## Deutschland.

L. C. Berlin, 16. Juni. Zu den Gerüchten über den  
Rücktritt des Kultusministers Dr. Boffe schreibt  
die Vögnitzer „Freie Schulz.“: „Wir würden es aufs  
Tiefste beklagen, wenn Herr Dr. Boffe nicht mehr Unterrichts-  
minister sein wollte. Allerdings die Schwierigkeiten, die sich  
ihm zur Hebung der Volksschule entgegenstellen, sind ja unge-  
heuer, wenn aber Jemand diese Schwierigkeiten überwinden  
kann, so ist es Herr Dr. Boffe. Und er hat das Vertrauen  
der Lehrerschaft in hohem Maße.“ — Wenn also Finanzminister

Miquel vorläufig nicht in der Lage ist, seinem Kollegen im  
Kultusministerium die zur Durchführung eines Schuldotations-  
gesetzes erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, so ist  
das für Herrn Dr. Boffe kein Grund, seinen Posten einem  
Nachfolger zu überlassen, der vielleicht nicht einmal den guten  
Willen hat, der Volksschule zu helfen.

Der Kaiser und die Kaiserin werden in  
Hamburg am 19. d. M. am Dammtor-Bahnhof von  
einer Deputation des Senates, an deren Spitze sich die beiden  
Bürgermeister Dr. Lehmann und Dr. Mönckeberg befinden,  
empfangen. Die Ehrenkompagnie stellt das 76. Infanterie-  
Regiment. Die beiden Bürgermeister werden sodann das  
Kaiserpär auf der Fahrt durch die Stadt nach dem Hafen  
begleiten. Die Fahrt erfolgt in vier-spännigen Galawagen  
des Senats mit einer von den Wandsbecker Husaren gestellten  
Esorte. Auf einem Theil des Weges sowie beim Rathhause  
bilden die übrigen in Hamburg, Altona und Wandsbeck gar-  
nisonirenden Truppen Spalier. Auch die Schüler und  
Schülerinnen der hiesigen Schulen nehmen an verschiedenen  
Punkten Aufstellung.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Herr v. Köller  
wird, wie die „Volksztg.“ hört, an den Eröffnungsfeierlichkeiten des  
Nord-Ostsee-Kanals nicht theilnehmen. Insbesondere  
müsse er deshalb große Vorsicht beobachten, weil sein altes  
Halsleiden noch immer nicht vollständig beseitigt sei. In Folge  
dessen gedachte er wie alle Jahre wieder zu einer Kur nach Ems  
zu gehen.

Wie wir bereits berichteten, hat der Nordb. Lloyd den  
Mitgliedern des Reichstages und Vertretern der  
Presse aus Anlaß der Kieler Festlichkeiten Einladungen zur  
Fahrt mit den Schnell dampfern „Kaiser Wilhelm II.“ und „Erbe“  
von Kiel um Cap Stagen nach Bremerhaven zugehen lassen, an  
welche sich am 24. Juni Abends auf Einladung des Senats der  
freien Hansestadt Bremen eine zwanglose Zusammenkunft im  
Bremer Rathshaus anschließen wird. Für die Rückfahrt der  
Reichstagsmitglieder von Bremen nach Berlin wird in der Nacht  
vom 24. zum 25. Juni ein Sonderzug zur Verfügung gestellt, der  
12 Uhr 30 Minuten Nachts von Bremen abfahren wird. Die  
Fahrtrasse ist Bremen, Hannover, Lebzte, Stendal, Berlin mit  
Aufenthalt in Hannover und Stendal.

L. C. Die „Deutsche Tagesztg.“ glaubte gestern zum  
Schrecken der „Goldgarde“ verrathen zu können, „daß in einem  
anderen deutschen Mittelstaate die Regierung und die Kammer  
sich aller Voraussicht nach in nicht zu ferner Zeit für die  
internationale Regelung der Währungsfrage aussprechen  
würden. Das muß man abwarten. Heute aber liegt ein  
Artikel der offiziellen „Karlsruher Ztg.“ vor, welcher die Er-  
klärung der württembergischen Regierung zu der Währungs-  
frage, d. h. zu Gunsten der Goldwährung und gegen die inter-  
nationale Münzkonferenz mit Genugthuung begrüßt und sagt,  
man sei in Baden bezüglich der Nothwendigkeit der Erhal-  
tung der Goldwährung der gleichen Ueberzeugung. Vivat  
sequens.

Neuerdings ist aus Anlaß eines Spezialfalles von dem  
Minister für Handel und Gewerbe, dem Justizminister und dem  
Minister des Innern erörtert worden, inwieweit die Dorf-  
gerichte seitens der Amtsgerichte mit Versteigerungen  
beauftragt werden können. Die Erörterungen haben ergeben, daß  
die Dorfgerichte bezüglich der Versteigerungen von Grundstücken  
nicht zuständig und die Amtsgerichte nicht berechtigt sind, den  
Dorfgerichten derartige Versteigerungen zu übertragen. Der Ver-  
wendung der Dorfgerichte zu Versteigerungen beweglicher Sachen  
stehen, soviel sich von der Centralstelle aus übersehen ließ, Bedenken  
nicht entgegen.

Das Preisgericht über die für das  
Bismarck-Denkmal eingelangten Entwürfe hat seine  
Arbeiten beendet und den Herren: Rob. Bärmann und Otto  
Schmalz, Ludwig und Emil Cauer, Gust. Eberlein, C. Schier-  
meyer, Hilgers und B. Schmitz, D. Leising und G. Jaffon,  
W. v. Kumann, F. Schaper, Fritz Schneider, R. Siemerling  
einen ersten Preis; den Herren Max Baumbach und B.  
Schäde, L. Brunow, Joh. Götz, C. Gertler, Max Klein,  
B. Peterich, Joh. Pfuhl, Joh. Schilling, v. Uechtritz, Max Unger  
einen zweiten Preis; den Herren Ed. Albrecht, Clemens  
Buscher, Deishe-Bäuger, Jos. Engel, G. Wagnussen, A. Reichel,  
G. Richter, Jos. Upphus, G. Volz, M. Wiese einen dritten  
Preis zuerkannt.

Einer Privatnachricht zufolge hat der Abg. Kropatschke  
die Absicht, sein Mandat für den Wahlkreis Potsdam-Züterbog  
niederzulegen.

Der Aachener Korrespondent der „Köln. Ztg.“ berichtet,  
der Regierungspräsident zu Aachen, von Hartmann, habe  
sich nach Ertheilung der Schrift Mellages dem Minister dar-  
über Vortrag gehalten und die erforderlichen Maßregeln zur Ab-  
hilfe vorgeschlagen. Diese wurden indessen höheren Orts nicht aus-  
geführt, weil man den Ausgang des Prozesses abwarten wollte.  
Die Angriffe in den Blättern gegen Herrn v. Hartmann seien des-  
halb unbegründet.

Der Alexianerbruder Trenz aus in Haus Rannen  
bei Münster ist ebenfalls in das Untersuchungsgefängnis  
in Aachen eingeliefert worden. — Wie die „Fränkische Zeitung“ mit-  
theilt, ist der zweite Arzt der Alexianer Irrenanstalt, Dr. Gott-  
lob, als Direktor der Alexianer-Anstalt telegraphisch nach Aachen  
berufen worden.

Am 1. Juli d. J. wird in Hilden (Reg.-Bez. Düsseldorf)  
eine von der Reichsbankstelle in Düsseldorf abhängige  
Reichsbankniederstelle mit Kasseneinrichtung und be-  
schränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Nach einer telegraphischen Meldung an das Oberkommando  
der Marine ist: S. M. S. „Zitis“, Kommandant Kapitänleut.  
Ingenohl, am 16. Juni von Amoy nach Woolung in See ge-  
gangen. S. M. S. „Condor“, Kommandant Korvetten-Kapitän  
Jolentus, am 15. Juni in Mozambique angekommen und be-  
absichtigt, am 20. Juni wieder in See zu gehen. S. M. S. „Brin-  
zeß Wilhelm“, Kommandant Korvetten-Kapitän v. Holendorff,  
ist am 15. Juni in Hongkong eingetroffen.

## Ver mis ch tes.

Aus der Reichshauptstadt, 16. Juni. Am gestrigen  
Todesstage Kaiser Friedrichs hatte sich der Kaiser  
schon in früher Morgenstunde zum Mausoleum in der Friedens-  
kirche zu Potsdam begeben, um dort eine Zeltung in Silber An-  
dacht zuzubringen und für sich und die Kaiserin einen kostbaren  
Kranz niederzulegen. Dieser Kranz, über einen Meter im Durch-  
messer, war ganz aus weißen Rosen gewunden und mit einer  
langen goldbefranzten weißen Atlaschleife versehen, welche in

Goldbrud die Initialen des Kaiserpaares mit der Krone trug. Ein  
ebenso kostbarer Kranz war von der Kaiserin Friedrich eingetroffen  
und in deren Auftrag auf der Grabstätte ihres Gemahls nieder-  
gelegt. Im Namen des Gardekorps war dessen kommandirender  
General, General v. Winterfeld mit einem großen Kranze aus  
weißen Rosen erschienen. Ebenso waren Kranzpenden von den  
Regimenten eingetroffen, von denen der verlebte Kaiser Chef war.

Auch der Erbprinz Friedrich Karl,  
der im Grabgewölbe von Nicolskoe beigesetzt ist, war gestern. Hier  
erschien Prinz Friedrich Leopold mit seiner Gemahlin, um das  
Grabmal seines Vaters mit einem Kranze zu schmücken. Für die-  
jenigen Offiziere, welche zum Prinzen Friedrich Karl in Bezie-  
hungen gestanden, legte Major von Köller vom 3. Garde-Mann-  
Regiment, Adjutant beim Generalkommando des Gardekorps, einen  
Kranz aus weißen Rosen nieder, welcher auf der Schleife die Wid-  
mung „Vereiningung Prinz Friedrich Karl“ und, von einem goldenen  
Vorbeertrange umgeben, das Datum „15. Juni 1895“ trug. Eben-  
so waren hier Kranze von dem 1. Leibhusaren-Regiment Nr. 1, dem  
Zieten'schen Husaren-Regiment und dem Verein ehemaliger Ka-  
meraden dieses Regiments niedergelegt.

Das gestrige Schüler-Wettrudern in Grünau  
hatte trotz des schlechten Wetters eine ungemein zahlreiche Zu-  
schauermenge auf die Tribünen des Regattaverbands geführt. Vom  
Kultusministerium waren die Geheimräthe Köpke und Grubel, sowie  
Direktor Meinerz (Potsdam), vom Provinzial-Schulkollegium Ge-  
heimrath Bilger, Schulrath Benz und Direktor Kern erschienen.  
Von der Militärturnanstalt waren Oberstleutnant Briz und  
Hauptmann Fretter von Sagen, vom städtischen Turnverein der  
Oberturnwart Professor Angerstein anwesend. Die hiesigen Schulen  
waren zumest durch ihre Direktoren vertreten; auch die Ruder-  
klubs hatten sich zahlreich eingefunden. Vor der Regatta über-  
reichte Geheimrath Köpke dem Professor Dr. F. Wagner, dem  
Protoktor des Gymnasial-Ruder-Vereins „Friedrich Wilhelm“, der  
vom Provinzial-Schulkollegium mit der Leitung der sportlichen  
Veranstaltung betraut war, den Rothen Adlerorden 4. Klasse. Der  
Kaiserpriest, die altgoldene Kanne, war vor dem Ritzert auf-  
gestellt. Die Kanne krönt ein silberner Adler, mit dem FR auf  
der Brust, der in den Fängen einen Ringel und einen goldenen  
Vorbeertrange trägt. Die Inschrift lautet: „Ehrenpreis Sr. Maj.  
des Kaisers und Königs Wilhelm II. gestiftet 1895 für die Ruder-  
vereine der höheren Lehranstalten in Berlin.“ Den Ruderern  
hielt vor Beginn der Wettkämpfe auf der Terrasse des Regatta-  
vereinshauses Professor Wagner eine kurze Ansprache, in  
der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Theil-  
nahme an der ersten Berliner Schülerregatta ihnen stets in leben-  
diger Erinnerung bleiben möge und die mit einem dreimaligen  
Hipp-Hipp-Urra auf den Kaiser schloß. Inzwischen hatte sich  
das Wetter etwas aufgeheitert. Die Wettkämpfe begannen kurz nach  
4 Uhr mit dem Eröffnungswettrennen. Das Rennen verlief recht  
spannend. Den Sieg errang schließlich das Andreask-Realgymnasium.  
Die Sieger erhalten bronzene Medaillen mit dem Kaiserbild und  
der Inschrift: „Schülerrudern Grünau, 15. Juni 1895.“ Beim  
Hauptrennen um den Kaiserpriest erschienen alle acht gemeldeten  
Schulen am Start. Die Aufregung stieg, je mehr sich die Boote  
in schönem geschlossenen Rennen dem Ziele näherten. Das Luisen-  
städtische Realgymnasium regte unter dem Harnsch der Zuschauer  
mit einer halben Länge. Die Mannschaft erhält zur bleibenden  
Erinnerung silberne Medaillen. Gestern Nachmittags 4 Uhr traf  
der Kaiser auf dem Dampfer „Alexandria“ in Grünau ein und  
empfieng die Sieger im gestrigen Schülerwettrudern, denen er die  
Kreife überreichte.

## Notales

Potsdam, 17. Juni.

9. In der Ausstellung, die gestern wieder außerordentlich  
stark besucht war, verlagte plötzlich gegen 9 1/2 Uhr Abends die elek-  
trische Beleuchtung, sodas an manchen Stellen, besonders im Haupt-  
restaurant, eine ägyptische Finsternis herrschte.

7. Zur Einweihung des Kaiser Friedrich-Denkmales in  
Griesen fuhr gestern Vormittag mit dem um 10 Uhr 24 Minuten  
hier abgehenden Personenzug der Oberpräsident der Provinz  
Potsdam, Frhr. v. Bismarck-Willemdorf, der kom-  
mandirende General v. Seck, der Landeshauptmann von  
Dahme und einige andere Herren nach Griesen.

6. Einen Selbstmordversuch beging gestern in der Böding-  
schen Badeanstalt vor dem Schwabthor eine Frau, der ihr jedoch  
mißlang, da das Wasser zu flach war.

5. Unglücksfälle. Ein 40 Jahre alter Handlanger, der auf  
dem Neubau des Grundstücks Al. Gerberstraße 8 beschäftigt war,  
fiel vorgestern Vormittag 10 Uhr so unglücklich in einen Keller-  
raum auf einen dort stehenden Schuppenstiel, daß er schwere innere  
Verletzungen des Unterleibs davontrug. Der Mann mußte  
sodort in das städtische Lazareth gefahren werden. An seinem Auf-  
kommen wird gezweifelt. — Der Restaurateur v. Ditzewski in St.  
Domingo kostete gestern aus einer Flasche, deren Inhalt leider in  
einer Quantität Salzsäure bestand; D. hat schwere innere Ver-  
letzungen davongetragen.

4. Gutsverkauf. Das Rittergut Golaszyn, Kreis Dobornik  
mit einem Areal von 350 Morgen, bisher der Frau Fuß gehörig,  
ist durch Vermittelung des hiesigen Güteragenten Licht an Herrn  
v. Bernuth in Dorowo bei Czempin verkauft worden.

## Aus der Provinz Posen.

P. Boms, 15. Juni. [Bom Buge überfahren.]  
Heut in den Morgenstunden fand man den entseelten Körper eines  
jungen, etwa 15 Jahre alten Menschen auf dem Bahngelände.  
Derselbe trug einen grauen Anzug. Sein Kopf war in einen un-  
förmlichen Brei verwandelt. Wie sich aus dem Inhalt des in der  
Tasche stehenden Notizbuchs ergab, heißt der junge Mann Oswald  
Schulz. Er soll aus der Nähe von Schwerin stammen und der  
Sohn eines Bauerngutsbesizers sein. Ob ein Unglücksfall vor-  
liegt oder ein Selbstmord, ist zweifelhaft.

11. Meseritz, 16. Juni. [Unglücksfall mit tödt-  
lichem Ausgang.] Am Freitag Nachmittags war der Besitzer  
Robert Woymann in Kaimitz mit Düngrfahrten nach seinem in  
der Nähe des Raitzener Sees gelegenen Lande beschäftigt. Am  
nächsten Morgen, welche durch die lange Dürre sehr zusammen-  
gedrückt waren, gehörig zu befeuchten, fuhr W., wie schon oft, an  
einer seichten Stelle mit landigem Untergrunde in den See hinein.  
Beim Umkehren muß nun die eine Seite des Winterwagens  
— Zeugen sind bei dem traurigen Vorfall nicht zugegen gewesen —  
in eine tiefe Stelle gerathen sein. Hierdurch ist der als Befestigungs-  
mittel zwischen Vorder- und Winterwagen dienende Nagel heraus-  
gesprungen und der Mann, welchem die Leine entfallen sein mag,  
ist heruntergefallen und ertrunken. Die Berbe kamen später mit  
dem Vortrieb des Wagens nach dem Gehöft gelaufen. Erst gegen  
Abend hat man den Verunglückten, der im Alter von 59 Jahren  
stand und sehr rüstig war, aufgefunden.

12. Baf, 16. Juni. [Feuer.] Heute Vormittag 11 Uhr brach  
in Grochow auf dem Bodenraume des dem Withe Philippowski  
gehörigen Wohnhauses Feuer aus. Das Haus war von zwei  
Wettern bewohnt, welche zur selben Zeit in der Kirche waren  
während eine Großmutter mit ihrem Enkelchen zu Hause blieben.  
Der Brand wurde von hier aus bemerkt und die Feuerwehr  
schleunigst alarmirt. Obgleich Hilfe bald zur Stelle war, brannte  
doch das erst vor einiger Zeit neuverbaute Haus total aus und nur



die vier Wände blieben stehen. Vor den Wirtschaftsgegenständen wurde das meiste gerettet.

**Grätz, 16. Juni.** [Enteignungsrecht.] Laut einer im „Reichsanzeiger“ publizierten kaiserlichen Verordnung ist dem Kreise Grätz, welcher einen Weg zwischen der Sanditzka-Opalentska-Neutomschka und der Gausse-Opalentska-Neustadt herzustellen beabsichtigt, das Enteignungsrecht zur Enteignung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundbesitzes verliehen worden.

**Kurort, 14. Juni.** [Berung (Lück)] ist vorgestern ein Schornsteinfeger aus Posen in Ausübung seines Berufes. Vorgestern Morgen hatte nämlich die Frau des Försters Mixtacki aus Wielewo bei Kurort in ihrem Backofen Brot gebacken. Nachmittags kam der Schornsteinfegergehilfe Andrzejewski aus Posen, um in Wielewo die Schornsteine zu fegen. Er wollte dies auch bei dem Förster Mixtacki thun. Dieser machte ihn aber darauf aufmerksam, daß erst kurz vorher Brot gebacken worden sei, der Ofen daher noch sehr heiß sein werde. Andrzejewski meinte darauf, es schade dies nicht und ging an seine Arbeit. Kaum war er in den Schornstein hinabgestiegen, hörte man ein jämmerliches Geschrei. Mixtacki kam sofort hinzu und half ihm mit Noth und Mühe aus dem Schornstein heraus. Andrzejewski war vollständig verbrüht. Der Förster brachte ihn sofort auf seinem Wagen hierher ins Krankenhaus zu den Nonnen, woselbst er hoffnungslos darniederliegt.

**Aus den Nachbargebieten der Provinz.**

**Thorn, 16. Juni.** [Großfeuer.] Mächtige Rauchwolken kündeten heute früh nach Mittag ein großes Schabenfeuer auf der Bromberger Vorstadt an, wozu alsbald die Feuerlöcher vom Rathhausthurm und die Feuermelder in den Straßen die Feuermehrer alarmirten. In einem Schuppen des Zimmermeisters Krowischen Holzplatzes war Feuer entstanden und in etwa einer halben Stunde hatte sich dasselbe über den größten Theil des Platzes ausgebreitet und begann dann, die Nachbargrundstücke zu erfassen. Auf dem Majewskischen Platz wurde eine große Menge Klobenholz entzündet und verbrannte in haushohen Flammen. Von dem Tholst-Etablissement wurde ein Stallgebäude und die Regelbahn eingeäschert. Das Wohn- und Restaurationsgebäude desselben konnte mit Mühe erhalten werden. Die mächtigen Flammen der auf dem Krowischen Platz brennenden Holzgerüste trugen sich auch auf den neuen Turnschuppen auf dem Turnplatz, welcher erst in diesem Frühjahr erbaut worden ist, und äscherte ihn in kurzer Zeit mit den darin befindlichen Geräthen ein. Im Ganzen hatten die Flammen ein Gebiet von einigen Morgen erfasst und verbreiteten eine kolossale Hitze. Den Feuerwehren waren Militärmannschaften von der Artillerie und den Pionieren zu Hilfe geeilt. Aus mehreren Spritzen und zwei Hydranten der Wasserleitung konnten große Wassermengen in das Feuermeer geschleudert werden. Trotzdem gelang es erst nach zwölfstündiger Arbeit des entseffelten Elementes Herr zu werden. Der vom Feuer angerichtete Schaden ist auf 50 bis 60 000 Mark zu veranschlagen. Noch gegen Abend war die Feuerwehr auf den rauchenden Feuerstellen thätig.

**Laurahütte, 15. Juni.** [Unter Cholera verdächtige] 11 Menschen, ist gestern, der „Bresl. Bz.“ zufolge, ein Sittenarbeiter auf Wandafolonie erkrankt. Seitens der Sanitätspolizei wurden sofort alle Abwehrmaßregeln ergriffen, die um so angebrachter erscheinen, als bei der vorjährigen Epidemie in dem Hause des jetzt Erkrankten sämtliche Bewohner bis auf einen kleinen Knaben an der Cholera gestorben sind.

Telegraphische Nachrichten.

**Potsdam, 16. Juni.** Der Kaiser begab sich heute Abend mittelfst Sonderzuges nach München, um dort am Montag den Umbau und die Neuordnung der Schackischen Gallerie zu besichtigen. Die Rückreise nach Potsdam wird am demselben Abend von München angetreten. Der Kaiser bewahrt dort das strengste Inkognito und steigt in der Preussischen Gelandtschaft ab.

**Breslau, 16. Juni.** Der Centrumsabgeordnete Conrad, Vertreter für Bleß-Rybnitz im Reichs- und Landtage, Gutsbesitzer auf Buchwald bei Schleien, ist gestern Nachmittag gestorben.

**Hendeburg, 15. Juni.** Der Abiso „Kaiseradler“ ist kurz nach 7 Uhr Abends wieder flott geworden; derselbe ist ohne Beschädigung geblieben und hat sofort die Weiterfahrt nach Hamburg angetreten.

**Kiel, 16. Juni.** Der kommandirende Admiral Knorr hat sich heute früh auf dem Artillerie-Schulschiff „Mars“ eingeschifft; die im Hafen liegenden Flaggsschiffe salutirten seine Flagge.

**Saboe, 16. Juni.** Das schwedische Geschwader lief heute Abend 7 Uhr in den Kieler Hafen ein und wechselte mit der Strandbatterie in Friedrichsort Salutsschüsse.

**Hamburg, 15. Juni.** Das benachbarte Dorf Ahndorf, welches etwa 700 Einwohner hat, wurde dem „Hamb. Fremdenbl.“ zufolge durch eine furchtbare Feuersbrunst zerstört. Im Verlaufe einer Stunde brannten 9 Gehöfte mit 40 Gebäuden nieder; nur die Kirche, das Schulhaus und das Gut blieben vom Feuer verschont. 600 Menschen sind durch die Katastrophe obdachlos geworden. Die Hingee sind zum größten Theil versichert, die kleinen Besitzler hingegen sind unversichert. Der Schaden ist bedeutend.

**Hamburg, 16. Juni.** Der englische Rheder Sir Donald Currie gab gestern Abend an Bord seines Dampfers „Tantalion Castle“ ein großes Diner, an welchem 200 Gäste, Engländer und Hamburger, Theil nahmen. Nachdem der Gastgeber seine Gäste begrüßt hatte, brachte Bürgermeister Dr. Mönckeberg Hamburg ein Hoch auf die Königin von England aus, während Gladstone in verbindlichsten Worten auf Hamburg, dessen Gastfreundschaft und großartige kommerzielle Entwicklung toastete. Nach dem Diner fanden Konzert und Abendunterhaltung statt; das Fest nahm einen glänzenden Verlauf. Der Dampfer „Ariadne“ brachte die Gäste gegen 2 Uhr Nachts von Brunsbüttel nach Hamburg und landete nach Hamburg zurück.

**Leipzig, 16. Juni.** Wie das „Leipz. Tagbl.“ meldet, hat das Einigungsamt in Sachen des Maurerstreiks und des folgenden Schiedsspruches gefaßt: Der niedrigste Stundenlohn soll bis Ende September 0,42 M., von da bis Ende März 0,43 M., vom 1. April 1896 ab 0,45 M. betragen. Eine heute von 1200 Maurern abgehaltene Versammlung hat mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, den Schiedsspruch anzuerkennen. Der Maurerstreik kann danach als beendet betrachtet werden.

**Wien, 15. Juni.** Im Marineausschuß der ungarischen Delegation erklärte Marinekommandant Baron Sterneck, Oesterreich-Ungarn habe sich stets von der beobachteten Konkurrenz im Schiffbau, was die Größe der Schiffe

anlange, ferngehalten. Es verlange große Fahrgeschwindigkeit, starke Armierung und entsprechenden Schutz gegen feindliches Feuer. Der Schiffsbau mit Panzerung sei gegenwärtig der Artillerie überlegen. Der Marinekommandant bezweifelt, daß die Meisitz-Geschosse, mit welchen in Frankreich Versuche gemacht worden, die aber weder große Treffsicherheit noch bedeutende Schußkraft ergaben, auf größere Entfernung zur Explosion gebracht, die behauptete Wirkung haben könnten. Der Admiral versichert, daß die Oesterreich-ungarischen Kreuzer allen Anforderungen entsprechen, und die Oesterreich-ungarische Kreuzer-Division in Kiel eine hervorragende Stellung auch in technischer Hinsicht durch Form und Ausrüstung einnehmen werde.

**Rom, 15. Juni.** Deputirtenkammer. Der Kammerpräsident verliest die über die innere Politik der Regierung eingebrachten Interpellationen. Ministerpräsident Crispi erklärt, auf alle Interpellationen eingehen zu wollen, verlangt jedoch Verschlebung der Debatte bis nach der Beratung des Budgets. Des weiteren verlangt Crispi, die Kammer solle morgen und übermorgen keine Sitzung abhalten, dagegen sollten die Kammerbüreaus und die Budgetkommission sich beuhs Prüfung der Finanzvorlagen verammeln. Mehrere Redner der äußersten Linken, namentlich Imbriant, bekämpften lebhaft die Anträge Crispi. Rudini erklärt, nichts gegen dieselben einwenden zu wollen. Crispi besteht auf seinen Anträgen, indem er erklärt, er wolle nicht auf die lebhaftesten Ausführungen der Gegner in derselben Weise erwidern; er bitte auch seine Freunde, sich nicht auf einen Weg hinreizen zu lassen, der weder der Kammer, noch ihm selbst zur Ehre gereichen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kammer genehmigte hierauf mit großer Majorität die Anträge Crispi's, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

**Rom, 16. Juni.** Anlässlich der bevorstehenden Hochzeit des Herzogs von Aosta wird eine allgemeine Amnestie für die in Sicilien und Luntiane wegen politischer Vergehen Verurtheilten erlassen. Nur die dem Komitee von Palermo angehörigen, unter welchen sich die Felice und Barbato befinden, sind von der Amnestie ausgeschlossen.

**Petersburg, 16. Juni.** Aufsehen erregt, daß die armenische Katholikos bei der Audienz in Petersburg vom Zaren in seinem Arbeitskabinet allein längere Zeit empfangen wurde und demselben die Versicherung gegeben haben soll, zur Linderung der Lage der Armenier beitragen zu wollen.

**Petersburg, 16. Juni.** Der Präsident des Ministerkomitees v. Bunge ist gestorben.

**Paris, 15. Juni.** Die Deputirtenkammer begann heute die Beratung der Getränkesteuerreform. Artikel 1 betreffend die Abschaffung des Privilegiums der Branntweinbrenner wurde mit 345 gegen 154 Stimmen angenommen.

**Paris, 16. Juni.** Die gegen die Theilnahme der französischen Flotte an den Kieler Festlichkeiten gerichteten Manifestationen auf dem Konfordienplatz sind trotz der von chauvinistischen Blättern an die Boulangisten, die Mitglieder der Patriotenliga, die Esfässer und die Kombattanten von 1870 erlassenen Aufrufe ohne bemerkenswerthen Zwischenfall verlaufen. Bald nach 4 Uhr rückten etwa 80 Manifestanten an, marschirten links und rechts von Schutzleuten begleitet, vor die Strahburg-Statue und besetzten am Kopfe derselben Trifoloren und einen Kranz. Auf der Terrasse des Tuilerien-Gartens und den Trottoirs des Konfordienplatzes hatten sich etliche Tausend Personen angesammelt. Inzwischen fanden die Rufe der Manifestanten „Es lebe Frankreich!“ „Es lebe Elsaß-Lothringen!“ nur sehr schwachen Wiederhall. Schutzleute sorgten für die Freihaltung der Fahrwege.

**Paris, 15. Juni.** Die „Agence Havas“ meldet: Der russische Botschafter Baron Mohrenheim theilte dem Minister des Aeußeren Panotau mit, daß ein Spezialkurier aus Petersburg in Paris eingetroffen ist, welcher dem Präsidenten Faure ein Handschreiben des Kaisers von Rußland mit der Kette zum Andreadorden überbringt. Die Ueberreichung der Insignien und des Schreibens wird am 17. Juni im Elisee-Palaste durch Baron Mohrenheim in Anwesenheit des ganzen Personals der russischen Botschaft erfolgen.

**Paris, 15. Juni.** Frau Amolot, die Mörderin des Abbe Broglie ist in das Irrenhaus zu St. Anna abgeführt worden.

**Paris, 16. Juni.** Die Morgenblätter besprechen an hervorragender Stelle die Ordensverleihung des Kaisers von Rußland an den Präsidenten und heben hervor, daß bisher nur zwei Präsidenten der Republik von Frankreich diesen Andreadorden erhalten hätten und zwar Mac Mahon und Carnot. Der letztere erhielt den Orden anlässlich des Besuches, welchen Kaiser Alexander dem Kaiser Wilhelm in Kiel abstattete. Die Blätter drücken die Ansicht aus, daß der Zar Nikolaus den jetzigen Augenblick zur Ehrung des Präsidenten benutzte, um ein Zeichen zu geben, daß trotz der Nordostseefeeier das franko-russische Bündniß ungeändert fortduere.

**Madrid, 15. Juni.** Die Kammer genehmigte die Vorlage durch welche die Regierung ermächtigt wird, den Betrieb des unterseeischen Kabels nach den Kanarischen Inseln zu vergeben. Ferner genehmigte die Kammer das Einnahmebudget, das Geleß betreffend die Erneuerung der Schutzobligationen und das Budget für Portoriko.

**Madrid, 16. Juni.** Die Prinzessin von Asturien ist an den Nieren erkrankt; der Hof wird infolgedessen seine Reise nach St. Sebastian bis Ende Juli verschieben. Das Gerücht von einem Unwohlsein des Königs wird offiziell für unbegründet erklärt. Der Zustand des Generals Primo Rivera ist immer noch bedenklich.

**London, 15. Juni.** Gestern Nachmittag brach in Mar Lodge, der Residenz des Herzogs von Fife, ein Feuer aus, welche dasselbe vollständig zerstörte. Die Königin reiste von Balmoral gegen Abend dorthin, um den Brand zu besichtigen.

**Inverness (Schottland), 15. Juni.** An Stelle des liberalen Parlamentsmitgliedes Mac Gregor, welcher sein Mandat niedergelegt hatte, um gegen die angelegliche Veranschlagung der schottischen Interessen durch die Regierung zu protestiren, wurde Baillie (Unionist) gewählt. Derselbe schlug den liberalen Gegenkandidaten Mac Crae um 650 Stimmen.

**Telephonische Nachrichten.**  
Eigener Fernsprechdienst der „Bos. Bz.“  
**Berlin, 17. Juni, Vormittags.**  
Der neue Polizeipräsident v. Windheim wurde gestern vom Kaiser empfangen.  
Gestern Abend 7 1/2 Uhr trafen ganz unerwartet der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland ein.  
Bei der gestrigen Ruder-Regatta in Grünau, welcher der Kaiser beiwohnte, regte beim Kampfe um den Silberpokal Kaiser Friedrichs der Mainzener Ruderklub, zweiter wurde der Kieler, dritter der Berliner Ruderklub, vierter der Germania-Hamburg. „Triton“ aus Stettin und der Berliner Ruderverein gaben auf. Den vom Kaiser Wilhelm gestifteten Preis für akademische Rudervereine gewann der akademische Ruder- und Schwimmverein in Münster. Der Kaiser folgte dem Kampfe vom Start aus mit seiner Yacht und überreichte den Siegern die Preise persönlich.

**Wien, 17. Juni.** Man erwartet, daß die wahrscheinlich bevorstehende Kabinettsdemission vom Kaiser nicht angenommen werden wird, da sich große Schwierigkeiten in der Frage der Wiederbesetzung zeigen. Der Statthalter von Böhmen, Thun, auf den der Kaiser gerechnet hatte, soll es abgelehnt haben, in der gegenwärtigen Lage die Kabinettsbildung zu übernehmen; ebenso sollen schon mehrere andere Persönlichkeiten abgelehnt haben.

**Brünn, 17. Juni.** Die Jahresversammlung des deutschen Schulvereins beschloß einstimmig, die deutsche Linke zum Austritt aus der Koalition aufzufordern, falls der Budgetausschuß das Eliter slowenische Gymnasium bewillige.

**Budapest, 17. Juni.** Da der erwartete Zugang von Bäckergehilfen nicht eingetreten ist, mußten die Meister sämtliche Forderungen der Gesellen bewilligen; dafür schlugen sie jedoch den Brotpreis um 10 Prozent auf.

**Rom, 17. Juni.** Die Blätter melden übereinstimmend, daß Rampolla im Auftrage des Papstes an Kardinal Parfeci ein Schreiben gerichtet hat, in dem den Katholiken die Theilnahme an den Gemeindevahlen empfohlen wird.

**Rom, 17. Juni.** Der als Mörder Ferraris verhaftete Gattai hat eingestanden, einen Revolveranschlag auf Ferrari abgegeben zu haben. Die übrigen Theilnehmer sind noch nicht ermittelt.

**Paris, 17. Juni.** An den Manifestationen in Roubaix für Wiederherstellung der ProzeSSIONen theilnahmen sich über 8000 Menschen.

**Paris, 17. Juni.** Bis gestern Abend war an der Statue der Stadt Strassburg nur ein Kranz des früheren Abgeordneten Millerot niedergelegt. Die Versammlung in einem Lokal der Rue Richelieu verlief ebenfalls ruhig; der Saal war mit Flor und verhängten Fahnen drapiert.

**Madrid, 17. Juni.** Der Ministerrath beschloß den Ankauf von 20 Kanonenbooten für Cuba und Entsendung von 25 000 Mann auf den in der nächsten Woche abgehenden 10 000.

**Madrid, 17. Juni.** Die Besatzung des russischen Schiffes „Ahras“, welches vor Sebastian geankert hatte, empfing die Kapitän bemesterte mit Hilfe der spanischen Zoll-Postbeamten den Aufstand. Der Hochbootsmann und einige Köche wurden verwundet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**London, 17. Juni.** Der Herzog von York begibt sich morgen an Bord der Yacht „Osborne“ von Speerneck zur Eröffnung des Nordostseefestes nach Kiel.

**Belgrad, 17. Juni.** Gestern Vormittag 9 Uhr 50 Minuten wurde eine leichte drei Sekunden dauernde Erdererschütterung in der Richtung von Norden nach Süden wahrgenommen. In Belanta-Epiria wurde eine etwas heftigere Erderstütterung verspürt.

**Wasserstand der Warthe.**

Posen, am 15. Juni	Mittags	0,83 Meter
„ „ 16. „	Morgens	0,38 „
„ „ 17. „	Morgens	0,34 „

**Produkten- und Börsenberichte.**

**Breslau, 15. Juni.** (Schlußkurse.) Fest.  
Neue 3proz. Reichsanleihe 99,63, 3 1/2proz. R.-Anl. 100,55, Konsol. Türken 25,90, Türt. Boole 147,50, 4proz. ung. Goldrente 103,60, Bresl. Distriktpant 118,40, Breslauer Wechselbank 106,65, Kreditaktien 253,00, Schle. Bankverein 126,40, Donnersmarkt 136,50, Föthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 153,75, Oberchlef. Eisenbahn 85,00, Oberchlef. Borsland-Kement 108,50, Schle. Cement 165,25, Oppeln. Cement 118,50, Kramsta 139,25, Schle. Zinkaktien 203,00, Laurahütte 137,00, Vereim. Dellabr. 87,75, Oesterreich. Banknoten 168,61, Russ. Banknoten 220,50, Schle. Cement 100,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 99,15, Breslauer elektrische Straßenbahn 194,00, Caro Gegenstand Aktien 88,10, Deutsche Kleinbahnen —, Breslauer Spiritfabrik 137,25.

**London, 15. Juni.** (Schlußkurse.) Fest.  
Engl. 2 1/2proz. Consols 106 1/8, Preuss. 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 108 1/2, lomb. Türken 25 1/2, Oester. Silber —, Oester. Goldrente —, 4proz. ung. Goldrente 103 1/2, 4proz. spanier 67 1/2, 3 1/2proz. Egypter 101 1/2, 4proz. ungl. Egypter 103 1/2, 3 1/2proz. Tribut-Anl. 98 1/2, 6proz. Mexikaner 89 1/2, Ottomanbank 19 1/2, Canabada Pacific 55, De Beers neue 21 1/2, Rio Tinto 16 1/2, 4proz. Rupees 53 1/2, 6proz. fund. arg. A. 73 1/2, 5proz. arg. Goldanleihe 67 1/2, 4 1/2proz. auß. do. 45, 3proz. Reichsanl. 98, Griech. 81, Anleihe 35, do. 87er Monopol-Anl. 38, 4proz. Griechen 183, 29, Brasil. 89er Anl. 74, 5proz. Wätern de Min. 8 1/2, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 82 1/2, Brasilianer 1/2, Silber 3 1/2, Anatolier 94.

**Paris, 15. Juni.** (Schlußkurse.) Behauptet.  
3proz. amert. Rente —, 3proz. Rente 102,67 1/2, Italien. 5proz. Rente 89,22 1/2, 4proz. ungl. Goldrente 104,43, III. Egypter-Anleihe —, 4proz. Russen 1889 102,30, 4proz. ungl. Egypter 104,75, 4proz. span. A. Anl. 63 1/2, lomb. Türken 25,97 1/2, Türken-Boole 158,10, 4proz. Türt. Floristats-Vollzationen 1890 497,50, Franzosen 933,75, Lombarden 241,25, Banque d'Oranien 732,00, Banque de Paris 813,00, Banque d'Escompte —, Rio Tinto-A. 418,75, Breslauer-A. 3238,11, Cred. Byonna 818,11, B. de France 3580,00, Tab. Oitom. 491,01, Wechsel a. dt. Pl. (12 1/2), Londoner Wechsel t. 25 18 1/2, Chgo. a. London 25,20, Wechsel Amsterdam t.



**Paris**, 15. Juni Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, per Juni 20,20, per Juli 20,00, per Juli-August 20,15, per September-Dezember 20,90. — Roggen rubig, per Juni 11,25, per September-Dezbr. 12,35. — Wehl fallend, per Juni 45,61, per Juli 45,50, Juli-August 45,50, per September-Dezember 45,95. — Rüböl rubig, per Juni 48,75, per Juli 49,00, per Juli-August 48,75, per September-Dezember 49,25. — Spiritus rubig, per Juni 31,00, per Juli 31,25, per Juli-August 31,50 per September-

Berlin, 15. Juni. Wetter: feigl.  
 Newyork, 15. Juni. Weizen per Juni 78<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, per  
 Juli 79<sup>1</sup>/<sub>4</sub>

to ohne Faß 39,4 M. bez., do. mit Faß gel. 20 000 Liter, Pün-  
gungspreis 42,6 M., Juni 42,5—42,7 M. bez., Juli 42,7 bis  
49 M. bez., August 43,0—43,2 M. bez., September 43,3—43,2 bis  
4 M. bez., Okt. 43,0 42,9 42,1 M. bez.